

Thomas Gesterkamp

Zwischen Krise und Neuerfindung

Der Richtungsdiskurs in der »Männerbewegung«

In der deutschen »Männerbewegung« – wenn man von einer solchen sprechen will – existieren progressive und rückwärts gewandte Strömungen von jeher nebeneinander. Auseinandersetzungen hat es seit den 70er Jahren immer wieder gegeben. Bis dato ist kein einheitlicher Kurs ersichtlich.

Auf der einen Seite »argumentieren dekonstruktivistische, identitätskritische Ideen mit der Behauptung, ›Männliches‹ (wie ›Weibliches‹) sei und werde ausschließlich kulturspezifisch organisiert«, wie Alexander Bentheim, Mitherausgeber der männerpolitischen Fachzeitschrift *Switchboard*, die zentrale Kontroverse der jüngeren Zeit skizziert. Andererseits werde »nicht zuletzt aufgrund neuerer Forschungen in Biologie und Genetik einer Renaissance des bipolaren Geschlechterdeterminismus das Wort geredet«. Konflikte darüber, ob Männer weiterhin privilegiert oder inzwischen strukturell benachteiligt sind, seien vor diesem Hintergrund »vorprogrammiert«.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung kündigte 2009 im Koalitionsvertrag eine »eigenständige Jungen- und Männerpolitik« an. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) hat in ihrem Haus das Referat 408 »Gleichstellungspolitik für Männer und Jungen« gebildet – vorrangig mit dem Ziel, mehr männliche Erzieher in die Kindertagesstätten zu locken, ihnen Chancen in pädagogischen und pflegerischen Berufen aufzuzeigen.

Abgesehen von dem ausgelagerten Projekt »Neue Wege für Jungs« hat es weder unter Rot-Grün noch in der Großen Koalition eine solche Akzentsetzung gegeben. Die einzigen parlamentarischen Anfragen zum Thema Männer und Jungen stellten die CDU-Fraktion (2004) und die FDP-Fraktion (2008). Beiden Initiativen lag allerdings keine geschlechterpolitische Posi-



Thomas Gesterkamp

(* 1957) ist Politikwissenschaftler, Journalist und Autor von Büchern zu familien- und geschlechterpolitischen Themen, zuletzt erschien: *Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere* (Verlag Barbara Budrich 2010).

thomas.gesterkamp@t-online.de

tionierung zu Grunde. Sie wurden ausgelöst durch alarmistische Interventionen von Arbeitgebern, die sich Sorgen um das Qualifikationsniveau der Schulabgänger machten. Es drohe ein vorwiegend »männliches Proletariat«, warnte schon vor sechs Jahren der Deutsche Industrie- und Handelskammertag. Ähnlich argumentierte 2009 ein Gutachten des Aktionsrates Bildung im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Haben Sozialdemokraten, Grüne und Linke ein Zukunftsthema verschlafen? Die Oppositionsparteien im Bundestag verweisen auf die Erfahrungen in Österreich, wo eine schwarz-braune Regierung 2002 auf Betreiben der FPÖ und gegen den massiven Widerstand von Frauenverbänden eine »männerpolitische Grundsatzabteilung« im Sozialministerium installierte. Einige der Publikationen, die die finanziell gut ausgestatteten Männeraktivisten der Alpenrepublik in hohen Auflagen verbreiteten, hatten eine antifeministische Schlagseite.

Männerrechtler sind vor allem im Internet präsent. Ihre Kernthese lautet: Die Gleichstellung der Geschlechter sei er-

reicht, die Emanzipation beendet, es müsse Schluss sein mit der »organisierten Besserstellung« der Frau. Sie klagten über eine »Kaste der Genderfunktionäre«, deren kulturelle Hegemonie jeden Widerspruch unterdrücke. Mit der Realität hat das wenig zu tun: Denn wann immer die Leitmedien sich in den letzten Jahren mit dem spröden Wortpaar *Gender-Mainstreaming* beschäftigten, changierte die Bewertung zwischen »lächerlich« und »gefährlich«.

2005 bezeichnete der *stern* die »neue Geschlechtergefühligkeit« als »trivial und teuer«. *Der Spiegel* malte 2007 ein düsteres Bild autoritärer Gender-Pädagogik, das Jungen »früh zu Kritikern des eigenen Geschlechts« mache. *FAZ*-Autor Volker Zastrow wetterte gegen ein »angewandtes Kaderprinzip der feministischen Lobby«, die eine »politische Geschlechtsumwandlung« plane. Die rechtslastige *Junge Freiheit* nahm den Verschwörungston dankbar auf: Hier werde »eine totalitäre Ideologie durch eine auserwählte Truppe Linientreuer von oben nach unten durchgesetzt«.

Als Kronzeuge dient häufig Gerhard Amendt. Der Soziologe, einst Vorkämpfer für die Legalisierung der Abtreibung mit gutem Ruf in linksliberalen Kreisen, vertritt inzwischen irritierende Ansichten. So behauptet er, Frauen seien in Beziehungen ebenso gewalttätig wie Männer. In der *Welt* forderte er gar die Abschaffung der Frauenhäuser: Wegen ihres »militanten Feminismus« seien die dort Tätigen zu »professionellen Interventionen« nicht fähig.

Auch der *Focus* schreibt mit ständigen Berichten über das »geschwächte Geschlecht« eine »neue Bürgerrechtsbewegung« geradezu herbei. Doch Zeitungstexte nehmen die meisten Aktivisten nur als Spuren im Internet wahr. Onlineforen stilisieren Männer zu Opfern und Diskriminierten in allen Lebenslagen. Die Netzbeiträge schwanken zwischen trotzig-beleidigtem »Da seht ihr's mal wieder«-Ton und unverhüllter verbaler Aggression. Andersdenkende gelten als »lila Pudel«, die

bei der eigenen »Kastration« assistieren. Ein Blogger träumt öffentlich davon, die »Genderisten wegen Geschlechterverhetzung im Kerker verrotten zu lassen«. Andere drohen den »Feministinnen und ihren Drohnen« gar mit einer »Wiederaufnahme der Nürnberger Prozesse«.

Angebliche Denkverbote

Der »ausufernde Gouvernanten- und Um-erziehungsstaat«, so heißt es, bevorzuge einseitig die Frauen. »Freiheit statt Feminismus!« fordert kurzerhand die *Junge Freiheit*, und prangert »Denkverbote« an: Kritik an der Benachteiligung von Männern sei schlicht unerwünscht. Rechtskonservative sonnen sich darin, die »Political Correctness« zu missachten und als vorgestrig zu bekämpfen. Besonders hervortun sich dabei gewendete Intellektuelle mit linker Vergangenheit, die »die 68er« für vermeintliche »Tabus« verantwortlich machen.

Im Kampf um die Deutungshoheit versuchen Maskulinisten, emanzipatorische Begriffe wie »Befreiung« oder »Geschlechterdemokratie« anders zu definieren. Die selbsternannten Freiheitskämpfer präsentierten sich als Bewahrer zivilgesellschaftlicher Werte. So trägt der rechtslastige Online-Auftritt *freiewelt.net* den harmlosen und irreführenden Untertitel »Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft«. Eine andere Publikation nennt sich *eigentümlich frei* – die Macher betrachten sich als Libertäre, sprachlich wie personell aber gibt es Überschneidungen zur *Jungen Freiheit*.

Ein anderes Argumentationsmuster sind Biologismen, die sich der populären These »Männer sind vom Mars, Frauen von der Venus« bedienen. Ausgesuchte Hinweise auf Hirnforschung oder Verhaltensbiologie untermauern fragwürdige Behauptungen zur Geschlechterdifferenz. So entstehen klar strukturierte, angeblich »natürliche« Rollenstereotypen, die nicht der

realen Vielfalt entsprechen. Den Befürwortern des *Gender-Mainstreaming* wird vorgehalten, eine »anthropologische Neutralisierung« anzustreben und die Fakten der Biologie zu leugnen.

Eine weitere Denkfigur ist der Anti-Etatismus. Männerrechtler wenden sich gegen Bevormundung und »Umerziehung« durch öffentliche Institutionen, die sich angeblich zu sehr in die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau einmischen. Hier treffen sie sich mit christlichen Fundamentalisten, die vor »staatlicher Herrschaft über die Kinderbetten« warnen. Organisatorisch haben die beiden Strömungen wenig miteinander zu tun; gemeinsam ist ihnen das Schüren von Ressentiments gegen den Staat.

Fehlende Berührungspunkte

Das Buch *Befreiungsbewegung für Männer* sieht Mitherausgeber Paul-Hermann Gruner als längst überfällige »Publikation für die Zeit nach dem Feminismus«. Der Redakteur beim *Darmstädter Echo* fordert »das Ende des weiblichen Geschlechtermonologs« und eine »offensive Interessenvertretung der Männer«. Die Kerngruppe der Autoren bildete im Dezember 2009 den Verein AGENS – »Arbeitsgemeinschaft zur Verwirklichung der Geschlechter-Demokratie«. Als politische Plattform dient das »Berliner Manifest«. Das dürftige Positionspapier nennt als Ziel unter anderem den »gemeinsamen Dialog auf Augenhöhe zwischen der befreiten Frau und dem befreiten Mann«.

Männerbefreier mischen sich gerne unter bekannte Experten. Im Februar 2010 veranstaltete die Universität Düsseldorf den Kongress »Neue Männer, muss das sein? – Über den männlichen Umgang mit Gefühlen«. Von Medizinern und Therapeuten organisiert, war die Veranstaltung gewiss kein Treffen von Rechtsradikalen. Renommee Redner waren vertreten; es

referierte aber auch Gerhard Amendt, dessen Kommen Frauenaktivistinnen mit Interventionen beim Rektor und bei der Gleichstellungsbeauftragten zu verhindern versucht hatten.

Wenig Berührungspunkte zu Männerrechtlern zeigt auch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Bei ihr arbeitet AGENS-Mitglied Karl-Heinz van Lier, der 2009 die Tagung »Ein Männeraufbruch ist überfällig« in Mainz durchführte. Eingeladen war eine Mixtur aus rechtslastigen und vergleichsweise moderaten Rednern: Das Spektrum reichte vom antifeministischen Blogger Arne Hoffmann über den zur *Welt* gewechselten *Ex-taz*-Redakteur Robin Alexander bis zu Hartmut Steeb, dem Generalsekretär der »Deutschen Evangelischen Allianz« – einer Dachorganisation pietistischer Gruppen, die als »Kreationisten« am Wortlaut der Schöpfungslehre festhalten und gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierungen als psychische Störung betrachten.

Zukunft der Männerpolitik

Eine Idee muss nicht grundsätzlich falsch sein, nur weil sie (wie in Österreich) der politische Gegner mangelhaft in die Praxis umgesetzt hat. Einige der von Männerrechtlern skandalisierten Themen sind diskussionswürdig: Besonders Migranten-Jungen haben Schwierigkeiten in der Schule. Es gibt Gesundheitsberichte über Frauen, aber trotz geringerer Lebenserwartung keine über Männer. Dass Gewalt nicht nur von Männern ausgeht, sondern sich auch überwiegend gegen sie richtet, ist ein unterbelichtetes Thema. Doch daran lässt sich keine allgemeine Diskriminierung des männlichen Geschlechts festmachen.

Als Reaktion auf die Institutionalisierung von »Männerpolitik« im Familienministerium hat sich im November 2010 das »Bundesforum Männer« als Pendant zum Deutschen Frauenrat gegründet. Neben kirchlichen Gruppen und Sozialverbänden

sind Jungenarbeiter, Väteraktivisten oder Gesundheitswissenschaftler beteiligt. Der Zusammenschluss versteht sich als Beratungsinstanz und Sprachrohr. In zehn Grundsätzen wird der »konstruktive Dialog zwischen den Geschlechtern« befürwortet. Männliche Anliegen müssten in Ministerien und Institutionen mehr Beachtung finden, fordert das Forum, das sich von antifeministischen Strömungen ausdrücklich distanziert hat.

»Zukunftsorientierte Männerpolitik«, wie sie zum Beispiel der Schweizer Dach-

verband »maenner.ch« in staatliche Gremien einbringt, steht in Deutschland erst am Anfang. Förderprogramme für Jungen oder mehr Männerforschung müssen keineswegs automatisch zu Lasten der nach wie vor notwendigen Frauenpolitik gehen. Eine ernsthaft am Genderdialog orientierte Perspektive nimmt konfrontativen Männerrechtlern den Wind aus den Segeln. Der Gestus des Tabubrechers, der angebliche Denkverbote missachtet, wird ebenso erschwert wie das Umdeuten von Begriffen wie Befreiung und Geschlechterdemokratie.

Sigrid Kannengießer

Globaler Feminismus: In Unterschieden vereint?

Im Juli diesen Jahres setzten die Vereinten Nationen einen Meilenstein in ihrer Geschlechterpolitik: Die Generalversammlung entschied über die Einrichtung einer Institution, die sich allein für Frauenförderung und Geschlechtergleichheit einsetzen wird. Was ist seither geschehen? Und welche Chancen könnten von einer solchen globalen Agentur ausgehen?

Sigrid Kannengießer

(* 1979) ist Medienkulturwissenschaftlerin und promoviert an der Universität Bremen über eine internationale Frauenorganisation. Sie ist Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

sigrid.kannengieser@uni-bremen.de



Ab Januar 2011 wird *UN Women* (kurz für »UN Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women«) die bisherigen frauenpolitisch-relevanten Arbeitsbereiche der Vereinten Nationen verbinden. Denn auch wenn *UN Women* einen weiteren großen Schritt in der Institutionalisierung globaler feministischer Politik darstellt, so ist dies nicht der erste.

Bereits 1946 wurde die Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen gegründet, welche jährlich mit mehr als 180 Regierungsdelegationen tagt. Sie soll nun

durch *UN Women* in der Ausarbeitung globaler politischer Standards unterstützt werden. *UN Women* baut auf der Arbeit geschlechterpolitisch relevanter Einrichtungen auf, wie dem »Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen« (UNIFEM), der »Abteilung für Frauenförderung« (DAW), dem »Büro der Sonderberaterin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Gleichstellungsfragen« (OSAGI) sowie dem »Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau« (INSTRAW).

Der Institutionalisierung eines frauenpolitischen Organs dieser Größe gingen Jahrzehnte der feministischen Lobbyarbeit auf globaler und nationaler Ebene voraus. Nicht zuletzt auf den Weltfrauenkonferenzen der Vereinten Nationen in Mexiko (1975), Kopenhagen (1980), Nairobi (1985) und Peking (1995) verlieh die globale Frauenbewegung ihren Forderungen auf